

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 384/2015  
Kiel, Mittwoch, 4. November 2015

Verkehr/Y-Trasse

## Christopher Vogt: Das niedersächsische Vorgehen nach dem Sankt-Florian-Prinzip ist empörend und wirft Fragen auf

Zur aktuellen Berichterstattung über die sogenannte Y-Trasse erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Natürlich müssen die Hinterlandanbindungen der Häfen in Bremen und Hamburg endlich ausgebaut und entsprechende Verkehre stärker auf die Schiene verlagert werden. Dies ist im gemeinsamen wirtschaftlichen und verkehrlichen Interesse aller norddeutschen Bundesländer. Es ist aber ein unglaublicher Vorgang, dass die Niedersachsen dem anhaltenden Protest gegen die geplante Y-Trasse nun dadurch begegnen wollen, indem sie das Problem ohne Sinn und Verstand nach Schleswig-Holstein verlagern, ohne darüber mit der rot-grün-blauen Landesregierung auch nur gesprochen zu haben. Das niedersächsische Vorgehen nach dem Sankt-Florian-Prinzip ist empörend und wirft Fragen bezüglich der verkehrspolitischen Zusammenarbeit der beiden rot-grün regierten Bundesländer auf.“

Es ist zwar gut, dass der Verkehrsminister nun öffentlich deutlich gemacht hat, dass dieses Vorgehen für Schleswig-Holstein nicht akzeptabel ist. Ich frage mich jedoch, warum die rot-grüne Landesregierung unseres benachbarten Bundeslandes sich darüber nicht mit den in Kiel regierenden Parteifreunden austauscht. Wieder einmal wird deutlich, wie schlecht die Zusammenarbeit der rot-grünen Bundesländer im Norddeutschland funktioniert, wenn es um Wirtschafts- und Verkehrsthemen geht. Ich erwarte nun, dass schnellstmöglich Gespräche zwischen den Verkehrsministern der beiden Bundesländer, dem Bund und der Bahn stattfinden, in denen man zu gemeinsamen Lösungen kommt. Hier sind auch die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten von Union und SPD gefordert. Es kann nicht angehen, dass in einem sicherlich gut gemeinten Dialogforum in Niedersachsen unter Beteiligung von Bund und Bahn Entscheidungen zulasten von nicht beteiligten Bundesländern getroffen werden.

Wiederholt hatte der grüne Bundestagsabgeordnete Dr. Konstantin von Notz vor einer vermeintlichen Belastung der Tourismusregion Herzogtum Lauenburg durch Güterzüge gewarnt, die im Zuge der Festen Fehmarnbeltquerung auf der Strecke Lübeck-Lüneburg durch die Region rollen könnten. Diese Befürchtung hatten sowohl die rot-grün-blaue Landesregierung als auch die Bahn als unbegründet zurückgewiesen. Tatsächlich droht dem Kreis Herzogtum Lauenburg nun an ganz anderer Stelle eine erhebliche Mehrbelastung durch Güterzüge, wenn es nach dem Willen der Niedersachsen ginge. Mehrere lauenburgische Orte wie Aumühle, Büchen oder Müsen, durch die schon heute sehr viele Züge fahren, müssten dann eine gewaltige Zahl an zusätzlichen Güterzügen verkraften, ohne dass der Lärmschutz nennenswert verbessert würde. Ich habe auch erhebliche Zweifel, ob diese Strecke im Herzogtum Lauenburg für dieses Vorhaben rechtlich und technisch überhaupt geeignet wäre. Auf dieser Strecke hat der schnelle Personennahverkehr ja schließlich Vorrang und auch bei einem Ausbau wäre die benötigte Kapazität perspektivisch gar nicht ausreichend.“